

Rede am Synagogenbogen Moers zum 9. November 2017

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Teilnehmende dieser Gedenkversammlung,

im Namen der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit begrüße ich Sie herzlich.

Wir erinnern heute daran, dass vor 79 Jahren die Synagogen in Deutschland brannten. Weit über 1500 jüdische Gotteshäuser waren es im gesamten deutschen Sprachraum, die die Nationalsozialisten in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 in Brand setzten oder schändeten. Die Reichspogromnacht, die mit unzähligen weiteren Diskriminierungs- und Gewaltakten gegen Juden einherging, bedeutete nicht nur das Ende der jüdischen Gemeinden in Deutschland, sondern sie gilt auch als der eigentliche Beginn der Judenvernichtung. Unbeschreibliches Leid wurde damals in deutschem Namen über die in ganz Europa lebenden Juden gebracht.

Auch die kleine Synagoge von Moers wurde in jener Nacht geschändet und gewaltsam für immer geschlossen. Heute nun stehen wir wie in jedem Jahr an dem Ort des Gedenkens.

Doch manches hat sich gerade hinsichtlich dieser unverzichtbaren Erinnerungstradition im vergangenen Jahr verändert – eine Entwicklung, die sich schon seit längerem abgezeichnet hatte.

So werden mehr und mehr Stimmen in unserer Gesellschaft vernehmbar, die endlich ein Ende des Gedenkens, ein Ende dieses, wie sie es nennen, „deutschen Schuldkults“ fordern und in diesem Sinne das einzigartige Holocaust-Mahnmal von Berlin als „Mahnmal der Schande“ bezeichnen.

Mit solchen Äußerungen, die wir kaum mehr in unserem Land mit seiner Geschichte für möglich gehalten hätten – so etwa auch, dass man, die Würde eines Menschen missachtend, ohne Skrupel von seiner „Entsorgung“ sprechen kann – mit solchen Äußerungen werden wir in Zukunft wohl des öfteren rechnen und umgehen müssen.

Doch das Bekenntnis zu unserer Geschichte, so Bundespräsident F. W. Steinmeier in seiner eindrücklichen Rede zum 3. Oktober 2017 in Mainz – dieses Bekenntnis zu unserer Geschichte kennt keinen Schluss-Strich, auch wenn er noch so laut von bestimmten Gruppierungen unserer Gesellschaft gefordert wird.

Darum haben wir uns auch heute wieder hier am Synagogenbogen versammelt. Denn Gedenken heißt lernen, vergegenwärtigen, um Einsicht, Wissen und Gewissen zu gewinnen und dadurch der Gefahr erneuten Schuldigwerdens zu widerstehen.

Darum sind wir dankbar, dass auch heute wieder Schülerinnen und Schüler der Pattberg-Realschule wie in jedem Jahr die Namen der durch die Nationalsozialisten ermordeten ehemaligen Moerser Jüdinnen und Juden verlesen. Hinter jedem Namen

steht ein Menschenleben.

Um durch Gedenken zu lernen fahren Adolfinerinnen und Adolfiner Jahr um Jahr mit ihren Lehrern nach Auschwitz und werden auch heute wieder zu uns über ihre Erfahrungen sprechen.

Und wie inzwischen viele andere Städte erinnert auch Moers durch die Verlegung von Stolpersteinen an die durch den Terror Ermordeten, die einst hier lebten. Durch Gedenken halten wir wach, was niemals vergessen werden darf.

Doch die Verpflichtung zur Erinnerung ruft uns zugleich in die Verantwortung angesichts der Herausforderungen der Gegenwart, in der Fremdenfeindlichkeit und Rechtspopulismus nicht mehr zu überhören und zu übersehen sind. So kommen uns Äußerungen wie etwa die zu Ohren, dass Zuwanderung „Selbsterstörung der deutschen Kultur und Nationalität“ bedeute.

Doch wer so etwas behauptet, übersieht, dass gerade die Vielfalt unser Land auch bereichert hat und dass Demokratie das „Recht auf Verschiedenheit“ ist, wie es der 2016 verstorbene Staatspräsident Israels, Schimon Perez, geäußert hat.

Nationalistisches Denken ist unvereinbar mit demokratischem, europäischem, weltoffenem Denken. Demokratisches Denken aber schließt die Verpflichtung mit ein, denen, die aus Bedrohung an Leib und Leben in unserem Land Zuflucht suchen, den Weg in eine neue „Heimat“ zu öffnen.

In o.g. Rede zum Tag der Deutschen Einheit warnte Steinmeier davor, den Begriff „Heimat“, den er als „offen“ aber „nicht beliebig“ interpretierte, den Nationalisten zu überlassen.

In dem Zusammenhang wies er auch darauf hin, dass diesem Land anzugehören, nicht nur bedeute, an seinen Vorzügen teilzuhaben, sondern auch, unsere Geschichte anzunehmen und mit aller Kraft für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Achtung der Menschenwürde einzutreten.

So ist das Bekenntnis zu unserer Geschichte und die daraus erwachsene Verantwortung unser aller bleibende Verpflichtung. Es geht darum, Lehren aus dieser Geschichte und den Vergehen zweier Weltkriege zu ziehen und Äußerungen wie die eines inzwischen gewählten Mitglieds des Deutschen Bundestags, 'Deutsche hätten das Recht, „stolz zu sein auf die Leistungen deutscher Soldaten in zwei Weltkriegen“, entschieden zu widersprechen.

Verantwortung gegenüber der Geschichte bedeutet auch, jeglichen Tendenzen von Rassismus und Antisemitismus mutig entgegenzutreten und erinnert schließlich an unsere besondere Beziehung zum Staat Israel.

Die vor einem Monat in Berlin so tragisch ums Leben gekommene Journalistin Sylke Tempel hat während ihrer einige Jahre zurückliegenden Tätigkeit als Korrespondentin in Israel immer wieder die „verzerrte Wahrnehmung des kleinen Landes in der deutschen Öffentlichkeit und die häufige Besserwisserei vom sicheren Europa aus“

angeklagt. In einem Nachruf über sie war zu lesen: „Voller Sympathie und Empathie war ihre Berichterstattung, ohne je einseitig zu sein“. Auch von einer solchen Haltung können wir lernen.

In diesem Zusammenhang sei auch der große Berliner Dirigent und Pianist Daniel Barenboim mit seinem engagierten Versöhnungswerk durch das von ihm gegründete Orchester erwähnt, in dem junge Israelis und Palästinenser gemeinsam musizieren und so ein Zeichen des Friedens in einer unbefriedeten Region setzen. Kurz nach der Bundestagswahl vor anderthalb Monaten hat sich Barenboim zu dem Ergebnis der Wahl mit den Worten geäußert: „Ich kann als Jude nur in Deutschland leben, weil die Deutschen ihre Geschichte aufarbeiten.“

Lasst uns dies als Aufforderung verstehen, durch Erinnerung stets wach für die Gegenwart zu bleiben und uns für ein friedliches, demokratisches Miteinander in gegenseitiger Achtung des anderen in unserem Land einzusetzen.

Und noch ein Letztes:

Ich spreche hier im Namen der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit. Als Christen, evangelisch wie katholisch, sollten wir das 500-jährige Reformationsjubiläum zum Anlass nehmen, jegliche Form des christlichen Antijudaismus als Vorläufer des Antisemitismus endgültig hinter uns zu lassen. Auch das ist Reformation.

Wenn wir all dies beherzigen, dann öffnen sich „Tore der Gerechtigkeit“, wie auf diesem Bogen uns zur Mahnung und als Einladung zur Umkehr geschrieben steht.

Annette Sommer